Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 71 (1977)

Heft: 10

Artikel: Wirtschaftskrise oder Umweltkrise? : Bolderntagung vom 23./24. September 1977

Autor: Wicke, B.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142694

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

es viele, wen es auch meist wenige sind, die sie äußern. Hier stellt sich aber das gleiche Problem wie 1968, denn diese wenigen bilden keine Einheit. Entweder sind sie in den Jugendorganisationen der Parteien verstreut oder sie kämpfen gar vereinzelt für ihre Rechte. Zwar wurde versucht, eine parteiunabhängige Bewegung auf die Beine zu stellen, da aber doch die meisten Initianten aus der POCH kommen, hinderten viele (auch mich) ideologische Vorurteile an dem Beitritt. Es ist also höchst schwierig, die progressive Minderheit der Jugend für einen gegemeinsamen sozialistischen Kampf zu gewinnen, denn sie scheint die Streitigkeiten der älteren Generation zwischen Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten und Trotzkisten geerbt zu haben.

Abschließend möchte ich also nochmals festhalten, was ich zu Beginn habe klarmachen wollen. Die Jugend trägt keine Schuld an ihrer geistig moralischen und somit gesellschaftlichen Dekadenz. Auch ihre Eltern nicht. Vielmehr ist die Schuld bei denen zu suchen, die aus dieser Dekadenz Profit erzielen, also beim Kapital, das sie bei der Nachkriegsgeneration eingeleitet und bei ihren Kindern vollendet hat. Durch diese Dekadenz, die letztlich der Jugend psychologisch aufgezwungen wird, wird sie vom Kapital abhängig gemacht und demzufolge von ihm beherrscht und geschwächt. Allfällige Aufstände wie 1968 werden mit Gewalt niedergeschlagen.

Die gesamte Jugend bildet somit ein geistig-moralisches und gesellschaftliches Proletariat mit ungeahnten Kräften, die es wiederzufinden und zu vereinigen gilt. Illia Jcare Perret

Wirtschaftskrise oder Umweltkrise?

Bolderntagung vom 23./24. September 1977

Es handelt sich bei dieser Tagung um die Information über die Ergebnisse der Studiengruppe «Neue Analysen, Wirtschaft und Umwelt» NAWU, die durch den Schweiz. Nationalfonds finanziell unterstützt wird. Sie hat während vier Jahren in verschiedenen Gruppen die ökonomischen und ökologischen Probleme unserer Gesellschaft untersucht. Ihre wichtigsten Ergebnisse werden Anfang 1978 in einem Buch «Die Wohlstandsfalle» einem breiteren Publikum zur Kenntnis gebracht werden.

Nach einer kurzen Darstellung des Auftrags und der Arbeitsweise der NAWU durch Dr. Samuel P. Mauch sprach **Dr. Hans Christoph Binswanger** von der Handelshochschule St. Gallen über «Alternativen der Zukunftsbewältigung». Es geht dabei um den krisenlosen Uebergang von quantitativem zu qualitativem Wachstum, um eine Verbindung zwischen kurz- und langfristigen Analysen von Wirtschaft und Gesellschaft. Um Wege in ein ökologisches und humanes Gleich-

gewicht zu finden, ist eine radikale Aenderung notwendig. Die gesamte Wirtschaftspolitik muß umgeformt werden: Bevorzugung von Erweiterungsinvestitionen (= vermehrte Arbeitskräfte) gegenüber Rationalisierungsinvestitionen (= Einsparung von Arbeitsplätzen), Verwendung regenerierbarer Ressourcen (recycling), Verzicht auf die Theorie der Energielücke.

Dr. Werner Geissberger legte die «Grundzüge einer Zukunftsstrategie» dar. Er selber hätte die Ueberschrift «Schritte in der richtigen Richtung» vorgezogen. Diese Schritte beständen in der Demokratisierung der Gesellschaft und der Wirtschaft (Mitbestimmung), in der Wahrnehmung der Bedürfnisse der Gemeinschaft, der Benachteiligten, der Ungeborenen, im Transparentmachen der Machtpositionen. Eine konkrete Strategie sieht er in der Verminderung der Arbeitszeit, aber gleichzeitig in der Uebernahme sozialer Aufgaben durch den Einzelnen (kleines Netz), wodurch Rückgang der hohen Belastung des Staates.

In der Stellungnahme zum Problem durch einen Verwaltungsratsdelegierten der Holderbank AG., **Dr. ing. A. E. Schrafl,** die von der Ueberzeugung ausging, der Mensch wolle den Wohlstand, war eine aus den Erfahrungen seiner Branche rührende Feststellung interessant, nämlich, daß bei hohem Wohlstand die Wachstumskurve gegen null gehe (Zement: alle haben ihre Häuser). Bei Holderbank daher Umstellung auf soft-ware.

Die Sekretärin der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich, **Dr. phil. Ursula Koch,** fragt, wie Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft möglich seien ohne Machtveränderungen. Als Alternative zum Konsum sieht sie die Befriedigung echter Bedürfnisse, Förderung der Kreativität, Kommunikation, neue Lebensfreude. Sie betont die Bedeutung der Frau in dieser Werthierarchie und wünscht Beseitigung der Herrschaftsstrukturen in den Beziehungen zwischen Mann und Frau.

Ueber die ethische Dimension der Umweltproblematik «Mensch und Schöpfung» sprach der Theologe **Hektor Leibundgut** von der Universität Bern. Seine Ausführungen gipfelten in der Feststellung, daß die Herrschaft des Menschen über die Natur zu radikalisieren sei, denn «in der Botschaft vom Kreuz wird deutlich, daß die Macht Gottes in Machtverzicht besteht. Der Begriff der Herrschaft löst sich auf in Versöhnung, Vergebung, Dienst, Frieden, neues Leben.» Er faßt zusammen «Diese Begriffe könnten die Grundlosung einer neuen Erde sein.»

Durch sechs Darstellungen von **Teilstrategien der NAWU-Forschungsgruppe** lernten wir weitere Mitglieder der 24köpfigen NAWU-Gruppe kennen und erhielten Einblick in die Arbeitsweise und Ziele

von Landwirtschaft und Ernährung, Begrenzung und Umnutzung des Siedlungsraumes, Kleines Netz / Sozialdienste, Eigentumsordnung, Energiehaushalt, Wissenschaft-Technik-Forschung.

Für das **Podiumsgespräch** «Verantwortung für die Zukunft» wurden drei Themen herausgegriffen: 1. Was heißt qualitatives Wachstum? 2. Sachzwänge, Handlungsspielräume, 3. Zusammenhang zwischen Verantwortung und Politik.

In Diskussionsgruppen wurde der Wunsch geäußert, daß nach Erscheinen des NAWU-Projektes «Die Wohlstandsfalle» auf dieser Grundlage weitere Tagungen stattfinden mögen, bei denen die Teilnehmer in Kenntnis des Stoffes auch ihren Beitrag zu leisten hätten. B. Wicke

Fürst Metternich und die Reichtumssteuer

Im Lebensbericht eines Basler Arztes, gest. 1885, sind Aufzeichnungen über einen Revolutionsversuch von jungen Aerzten der Jahre 1830/34 enthalten, jedoch für einen Nichtarzt schwer lesbar und mit Lücken. Mit Hilfe eines Apothekers und einer Arztwitwe konnte die Arzthandschrift entziffert und mit Hilfe von drei Söhnen sowie einer Tochter des verstorbenen Arztes die Lücken ausgefüllt werden.
Der Revolutionsversuch wurde von etwa zweitausend jungen Aerzten und anderen Intellektuellen unternommen. Sie wollten Westeuropa demokratisieren und zwar durch Einführung einer Fürsten- und Reichtumssteuer. Voraussetzung dieser Demokratisierung war der Sturz einiger Fürsten, vor allem der Sturz des Fürsten Metternich. Zunächst nun: wer war dieser Fürst?

Metternich war ein geborener Rheinländer, wurde jedoch 1809 österreichischer Außenminister und 1821 Kanzler. Nach dem Sturz Napoleons wurde Metternich der mächtigste Mann von Westeuropa. Er wollte Oesterreich in Westeuropa eine Vormachtstellung verschaffen und die angestrebte Demokratisierung unterdrücken. Mit dieser Politik waren die erwähnten Intellektuellen nicht einverstanden. Es gab damals noch keine sozialistische Opposition, sondern nur eine liberale gegenüber den Konservativen. Viele Liberale hatten sich von Fürst Metternich abgewandt wie von einem Verdammten. (So in einem Bericht.)

Als sich die Entmachtung der Reichen durch eine Steuerreform als unmöglich erwies, entschlossen sich die Steuerreformer zum bewaffneten Aufstand.

Die Presse spielte diesen Aufstand auf ein Attentat (Frankfurter Attentat 3. April 18z3 — Brockhaus-Lexikon 1902, Bd. 6, S. 964-966) herunter. Doch nach unserer Auffassung sind an einem Attentat immer nur wenige Fanatiker beteiligt, hier aber waren es zirka zweitausend Intellektuelle; und der Revolutionsversuch wurde nicht nur von der